

**Protokoll
zur 28. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky am 4. April 2022**

öffentlicher Teil

Tagungsleitung:	Frau Uhlemann, Oberbürgermeisterin		
Teilnehmer:	Herr Barthel	-	Stadtrat
	Herr Beinlich	-	Stadtrat
	Herr Gothan	-	Stadtrat
	Herr Gottschling	-	Stadtrat
	Herr Halke	-	Stadtrat
	Herr Kagelmann	-	Stadtrat
	Herr Konschak	-	Stadtrat
	Herr Menzel	-	Stadtrat
	Herr Mrusek	-	Stadtrat
	Herr Neudeck	-	Stadtrat
	Herr Polossek	-	Stadtrat
	Herr Schuster	-	Stadtrat
	Herr Schulze	-	Stadtrat
	Herr Simmank	-	Stadtrat (bis 19:02 Uhr)
	Herr Wolff	-	Stadtrat
Es fehlt entschuldigt:	---		
Mitarbeiter/innen der Verwaltung:	Frau Giesel	-	FBL TD
	Herr Bachmann	-	FB TD, SGL Tiefbauverwaltung
	Frau Sturm	-	FB ZD, SGL Ordnung und Sicherheit
	Herr Girbig	-	FB ZD, SG PHV
	Frau Schönfelder	-	Controlling
Gäste:	Herr Ludwig	-	Stadtwerke Niesky GmbH
	Herr Kalbas	-	GWG Niesky mbH
	Herr Gerhardt	-	Sächsische Zeitung
Protokollantin:	Frau Baumann		
Ort:	Bürgerhaus, großer Saal		
Beginn:	18:05 Uhr		
Ende:	19:35 Uhr		
Tagesordnung:	lt. Einladung, siehe 1.1		

Gefasster Beschluss:

Beschluss Nr. 25 / 2022

1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Benutzungsordnung der Stadtbibliothek Niesky
Abstimmung 17/0/0

TOP 1

Eröffnung der Tagung

Frau Uhlemann eröffnet die 28. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky und begrüßt die anwesenden Stadträte, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung.

TOP 1.1

Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung und der Protokolle der letzten Tagungen

Alle Stadträte sind anwesend. Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung ist den Stadträten fristgerecht mit der Einladung zugegangen. Frau Uhlemann informiert, dass TOP 3 von der Tagesordnung genommen und auf eine der nächsten Tagungen verschoben wurde. Ansonsten wird diese ohne Hinweise und Anmerkungen bestätigt.

Das Protokoll des öffentlichen Teils der 26. Tagung des Stadtrates liegt von den Stadträten Barthel und Kagelmann unterschrieben vor. Es wird ohne Hinweise und Anmerkungen bestätigt. Das Protokoll des öffentlichen Teils der 27. Tagung wird nachgereicht und kann in der 29. Tagung bestätigt werden.

Herr Schuster zeigt sich erfreut über die Form der Protokollführung und regt an, diese auch bei den Ortschaftsratssitzungen anzuwenden.

TOP 1.2

Bekanntgabe von Beschlüssen

Aus dem nichtöffentlichen Teil der 27. Tagung des Stadtrates ist der Beschluss Nr. 21 / 2022 bekanntzugeben.

TOP 2

Bericht zum Beteiligungsgeschehen der kommunalen Unternehmen im IV. Quartal 2021

Zu diesem TOP sind die Geschäftsführer der Stadtwerke Niesky GmbH, Herr Ludwig, sowie der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Niesky mbH und der Bürgerhaus Niesky GmbH, Herr Kalbas, anwesend.

Frau Uhlemann erinnert, dass dieser TOP bereits ausführlich im Verwaltungsausschuss vorberaten wurde.

Herr Kalbas erläutert die den Stadträten vorliegende Übersicht zum Beteiligungsgeschehen der kommunalen Unternehmen im Hinblick auf die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft

Niesky mbH. Er weist darauf hin, dass der Jahresabschluss 2021 noch nicht erstellt worden sei und somit die hier angegebenen Daten unter Vorbehalt zu sehen sind. Dennoch sei das letzte Jahr der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft plangemäß verlaufen, die Erlöse seien positiv, lediglich die Einnahmen für Gewerbemieten seien pandemiebedingt etwas geringer als geplant ausgefallen. Ziel sei es, die Mieter zu halten und Gewerbeschließungen zu vermeiden. Investiert wurde insbesondere vor Neuvermietungen. Der Anstieg der Baupreise sei für die Gesellschaft spürbar.

Frau Uhlemann informiert, dass im Verwaltungsausschuss insbesondere Rückfragen zur Bürgerhaus Niesky GmbH gestellt wurden. Um diesbezügliche offene Fragen zu thematisieren, wurde ein Gesprächstermin mit Herrn Kalbas, Herrn Menzel und Herrn Kagelmann vereinbart.

Herr Ludwig informiert, dass die Stadtwerke Niesky GmbH deutliche Abweichungen zum Plan verzeichneten. Dies sei insbesondere der EEG-Umlage und dem temporären Ausfall des Holzhackschnitzelheizkraftwerkes geschuldet, woraus eine Kostensteigerung resultiere. Auch er weist darauf hin, dass die vorliegenden Zahlen infolge noch ausstehender Abrechnungen vorläufig seien. In der Folge erläutert er die Planabweichungen im Bereich der Personalkosten. Diese seien krankheitsbedingten Ausfällen, dem Übergang bei der Neubesetzung von Stellen, aber auch der pandemiebedingten Schließung des Freizeitparks geschuldet.

TOP 3

Entfällt

TOP 4

Beschluss Nr. 25 / 2022

1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Benutzungsordnung der Stadtbibliothek Niesky

Den Stadträten liegen die zur Abstimmung notwendigen Unterlagen vor. Herr Girbig erinnert an die Vorberatung des Beschlusssentwurfes im Verwaltungsausschuss und verliest die Begründung für die Änderung der Satzung. Bereits jetzt werde Teilnehmern von Projekten in der Stadtbibliothek die unentgeltliche Nutzung der Bibliothek ermöglicht, da dies durch Fördermittelgeber gefordert werde. Mit der vorliegenden Änderung werde diese Handhabung in der Satzung verankert. Er informiert, dass dies keinen Einfluss auf die Kalkulation der Gebühren hat.

Herr Simmank erfragt den Grund für das Einfügen einer Klausel zur Umsatzsteuer. Frau Uhlemann erläutert, dass die Prüfung der Umsatzsteuerpflicht zum Ende des Jahres 2022 für die Kommunen verpflichtend ist. Daher werde diese Klausel bei der Änderung von Gebührensatzung eingefügt. Herr Girbig weist darauf hin, dass die Bibliotheksgebühren dennoch von der Umsatzsteuer befreit sind, der Passus aber mit Blick auf mögliche Änderungen im Umsatzsteuerwesen formal eingebracht worden ist.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, fordert Frau Uhlemann die Stadträte nach kurzer Zusammenfassung zur Abstimmung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 25 / 2022 erfolgt mit 17/0/0 Stimmen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die 1. Änderung der Satzung zur Benutzungsordnung der Stadtbibliothek Niesky.

TOP 5

Grundstücksangelegenheiten

Es liegen keine Grundstücksangelegenheiten vor.

TOP 6

Planungsangelegenheiten

Es liegen keine Planungsangelegenheiten vor.

TOP 7

Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

TOP 8

Anfragen und Anträge der Stadträte

Herr Simmank verlässt während dieses TOP gegen 19:02 die Tagung.

Vor Beginn der Tagung wurde den Stadträten ein Antrag der Fraktion Die LINKE/SPD ausgeteilt, der als „Dringlichkeitsantrag“ benannt wurde. Der Antrag ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Herr Kagelmann trägt das Anliegen vor. Er verliest den Text des Antrages und die Begründung. Er verweist auf die Nieskyer Bürger, die in der jetzigen schwierigen Situation in der Ukraine ukrainischen Vertriebenen Wohnraum angeboten haben, oftmals in den eigenen vier Wänden. Leider hätten die Aufnehmenden bisher keine finanziellen Hilfen erhalten, manche seien inzwischen daher an ihre finanziellen Grenzen geraten. Herr Prause-Kosubek weist zudem darauf hin, dass es zu erheblichen Verzögerungen von Auszahlungen an ukrainische Vertriebene kommt, auch wenn eine Antragstellung auf Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bereits erfolgte. Hilfe werde so wesentlich erschwert.

Frau Uhlemann erklärt die verschiedenen, bereits durch die Stadtverwaltung eingeleiteten Maßnahmen zur Unterstützung der ukrainischen Vertriebenen und deren „Gasteltern“. So gäbe es mit Frau Sturm, der Sachgebietsleiterin für Ordnung und Sicherheit, bereits eine feste Ansprechpartnerin für die Belange der ukrainischen Vertriebenen. Frau Kopke, Bauverwaltung, sei aus fachlicher Sicht mit verschiedenen Belangen betraut. Eine Registrierung erfolge ebenfalls im Rathaus. Nach aktuellen Informationen des Landkreises Görlitz seien in der Stadt bisher 78 Vertriebene an ca. 20 verschiedenen Standorten in der Stadt untergebracht. Die Stadtverwaltung stünde mit den „Gasteltern“ in Kontakt, eine erste Besprechung mit ihnen habe bereits stattgefunden. Aus den dort geäußerten Erfahrungen sei zu entnehmen, dass diese Unterstützung finanzieller und sächlicher Art, vor allen Dingen durch ihr Umfeld, erhielten. Nach Verhandlungen mit dem Landkreis kann die Stadtverwaltung nach entsprechender Prüfung selbst Abschlagszahlungen auf Leistungen nach dem Asylbewerber-

leistungsgesetz auszahlen. Diese Zahlungen werden der Stadt durch den, nach dem Gesetz für diese Leistung sachlich und örtlich zuständigen, Landkreis Görlitz nachträglich erstattet. Damit sei die Stadt eine der ersten Orte im Landkreis, in dem die Vertriebenen solcherart finanzielle Unterstützung erhalten.

Um weitere Unterstützungsbedarfe und die Situation der Helfenden und Vertriebenen zu klären, sei für den 6. April 2022 um 17:00 Uhr in der Jahnhalle ein weiteres Treffen mit den „Gasteltern“ geplant. An diesem Treffen wird auch ein Vertreter des Landkreises teilnehmen. Frau Uhlemann stellt dar, welche Vereine und Institutionen in der Stadt Spenden für ukrainische Vertriebene und deren „Gasteltern“ annehmen und weitergeben. Dazu gehört der ASG mit seiner „Tafel“ und das „Emmaus“. Die Verantwortlichen der „Tafel“ setzten dabei gespendetes Geld in Sachspenden um.

Ob zusätzlich zu diesen Angeboten das Einwerben und Auszahlen von Spenden durch die Stadt sinnvoll ist, solle genauer geprüft und durch den Stadtrat beschlossen werden. Frau Uhlemann weist darauf hin, dass dies kein Instrument der schnellen Hilfe sei, da die Einnahme von Spenden erst durch den Stadtrat beschlossen werden muss. Sie äußert sich über den Grundsatz der Gleichbehandlung, der bei der Höhe der Auszahlungen beachtet werden muss. Solange die Höhe der eingehenden Spenden nicht bekannt sei, sei eine Festlegung der Höhe der Auszahlung aus diesem Grund nur schwer möglich.

Herr Prause-Kosubek waren die städtischen Akteure zur Annahme von Spenden bisher nicht bekannt. Er spricht die Hürden der Kommune für Auszahlungen an und möchte eine Lösung über das Spendenkonto des Emmaus prüfen lassen. Frau Uhlemann informiert, dass die Zusage des Emmaus bestünde, das Spendenkonto zu nutzen. Mit der Formulierung, für welche Gruppe (ukrainische Vertriebene, Aufnehmende „Gasteltern“) die Spende eingesetzt werden solle, könne eine Spende an ebendiesen Zweck gebunden sein. Herr Prause-Kosubek unterstützt den Antrag seiner Fraktion, er sieht die Stadt in der Pflicht zu handeln und nicht nur auf das vorhandene bürgerschaftliche Engagement zu setzen.

Auf Frage Herrn Prause-Kosubeks erklärt Frau Uhlemann, dass für Inanspruchnahme der „Tafel“ durch ukrainische Vertriebene die Vorlage des ukrainischen Ausweisdokumentes ausreiche. Der derzeitigen zu geringen Ausstattung der „Tafel“ mit Waren des täglichen Bedarfes versuche die Stadtverwaltung mit eigenen Sammlungen und Sammlungen in ansässigen Unternehmen zu begegnen. Von Seiten der Stadtverwaltung engagiere sich Herr Trenkler für diese Hilfe. Zur Verteilung nutze man dennoch die Expertise und Logistik der „Tafel“.

Herr Simmank weist auf die Verschwendung von Lebensmittel hin, insbesondere infolge der Vernichtung von Lebensmitteln in den Geschäften. Frau Uhlemann weist auf Gespräche der „Tafel“ mit den Vertretern der Supermärkte hin. Herr Simmank erklärt, dass grundsätzliche Zustimmung zum Antrag bestünde. Er befürchte jedoch Probleme bei der Umsetzung in der Verwaltung, möchte über das Gespräch mit den „Gasteltern“ informiert werden.

Herr Polossek befürwortet den vorliegenden Antrag und möchte ein mögliches Prozedere in den nächsten Tagen geklärt wissen. Insbesondere die Höhe des auszahlenden Betrages solle präzisiert werden.

Herr Mrusek spricht sich für schnelle Lösung aus. Es solle überlegt werden, ob die bürokratische Lösung über die Stadtverwaltung sinnvoll sei oder ob andere Möglichkeiten genutzt

werden sollten. Er unterbreitet den Vorschlag, den Antragstext um einen Delegierungsbeschluss an die Oberbürgermeisterin zu erweitern.

Herr Kagelmann befürwortet diesen Vorschlag zur Delegation. Er weist darauf hin, dass eine Hilfe zurzeit durch bürgerschaftliches Engagement geleistet wird, während die öffentlichen Stellen bisher wenig der notwendigen Unterstützung leisten. Er spricht sich dafür aus, die bereits durch die Stadt erhobenen Daten für eine mögliche Auszahlung eingeworbener Spendengelder zu nutzen. Im Gegensatz zur Stadt könnten externe Unterstützer nicht auf diese Daten zugreifen. Die Stadt Niesky solle an dieser Stelle Verantwortung übernehmen.

Herr Beinlich berichtet, dass seine Familie ebenfalls ukrainische Vertriebene aufgenommen habe. Er verweist auf seine Erfahrungen mit der Hilfsbereitschaft der Nieskyer, auch für die „Gasteltern“ und sieht dies auch als schnellste und unmittelbarste Hilfe.

Herr Schuster spricht sich für den Antrag aus und bittet die Stadträte, schnellstmöglich zu spenden.

Frau Uhlemann erinnert an dieser Stelle nochmals an das folgende Gespräch mit den „Gasteltern“ und unterbreitet den Stadträten den Vorschlag, durch die direkte Vermittlung von engagierten Bürgern zu den „Gasteltern“ und Vertriebenen weitere direkte Unterstützung zu ermöglichen.

Herr Menzel spricht sich für den Antrag aus.

Herr Kagelmann erklärt, dass die im Antrag angegebene Höhe des auszahlenden Betrages mit einem Steuerberater überlegt wurde. Er verweist auf die Symbolträchtigkeit des Antrages.

In der folgenden Diskussion spricht sich die Mehrheit der Stadträte dafür aus, am nächsten Tag einen Delegierungsbeschluss zur Einrichtung eines Unterkontos und der Übertragung der Entscheidungsbefugnis an die Oberbürgermeisterin zum Einwerben dieser Spenden im vereinfachten Verfahren durch die Verwaltung vorbereiten und im elektronischen Verfahren beschließen zu lassen. Eine regelmäßige Beschlussfassung zur Annahme von Spenden durch den Stadtrat wird von den Stadträten als zu langwierig und nicht praktikabel angesehen. Frau Uhlemann erklärt, dass ein solches Verfahren durch die Verwaltung geprüft und ein Beschluss vorbereitet werde.

Herr Prause-Kosubek appelliert an die Stadträte und eine Einigkeit der Fraktionen.

Auf Frage Herrn Kenschaks erklärt Frau Baumann, dass eine Veröffentlichung in der April-Ausgabe in den Nieskyer Nachrichten aufgrund des Redaktionsschlusses nicht mehr möglich sei.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky spricht sich mit 15 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung für die Erstellung eines Delegierungsbeschlusses aus. Dieser soll im vereinfachten Verfahren auf elektronischem Weg beschlossen werden. Ein entsprechender Beschluss wird durch die Verwaltung vorbereitet und versandt.

Herr Menzel informiert über einen Antrag der CDU/FDP-Fraktion. Er verliest den Antragstext, dieser ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt. Es geht hier vorrangig um eine digitale Ausstattung der Stadträte.

Herr Mrusek verweist, dass die Ausstattung der Stadträte mit digitalen Geräten schon lange im Gespräch sei. Er berichtet von Erfahrungen mit dem Ratsinformationssystem im Kreistag, gibt Fragen der Datensicherheit zu bedenken und spricht sich für einen Auftrag an die Verwaltung aus, unter Beachtung der Kosten und einer sinnvollen Handhabung eine Lösung zur Ausstattung mit Hard- und Software zu suchen.

Herr Gothan verweist ebenfalls auf die schwierige Handhabung im Kreistag, möchte selbst die „Papierform“ weiterhin nutzen.

Herr Kagelmann unterstützt den Antrag. Er wünscht sich den Rückgriff auf Datenbanken und bittet um Veröffentlichung der Protokolle der öffentlichen Teile der Ausschusssitzungen auf der Homepage. Er regt einen Abgleich der Kosten für die Ausfertigung der Einladungen, Protokolle und Unterlagen in Papier- und digitaler Form an. Herr Kagelmann unterbreitet den Vorschlag, Einladungen und nötige Unterlagen bereits jetzt digital zu versenden. Dies wird durch Herrn Wolff unterstützt. Frau Uhlemann sichert eine Prüfung dieser Option zu.

Herr Menzel sieht in den Wortmeldungen einen klaren Auftrag an die Verwaltung, sich mit dem Antrag auseinanderzusetzen und zeitnah eine Lösung bzw. Vorschläge zur Lösung zu präsentieren.

Herr Prause-Kosubek stimmt dem zu. Er spricht sich für die Nutzung eines Ratsinformationssystems aus, verweist aber auf die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit dieses Vorhabens. Eine Umsetzung spätestens zum Jahr 2024 schätzt er als realistisch ein.

Herr Halke verweist auf die nötige Datensicherheit, die er nur in der Nutzung von Ethernet erfüllt sieht. Er möchte, dass nur Stadträte mit Geräten versorgt werden, die bisher keine eigenen vorhalten.

Frau Uhlemann fasst die Wortmeldungen zusammen. Sie sieht auch im Rathaus eine fortschreitende Digitalisierung als sinnvoll an, verweist auf die Stellenplanung und äußert den Wunsch, digitale Bürgerbeteiligungsformate zu realisieren. Mögliche Förderoptionen würden geprüft.

Herr Neudeck verlässt kurz den Saal.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky spricht sich mit 14 Jastimmen bei keiner Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung für den Antrag der CDU/FDP-Fraktion aus.

Herr Wolff äußert sich positiv über durchgeführte Waldsanierungsmaßnahmen, möchte aber die Wege wieder in einen besseren Zustand versetzt sehen. Herr Bachmann informiert, dass die Stadt sich bemühe, den Zustand der städtischen Wege zu verbessern, verweist aber auch auf die Waldstücke und -wege in Privatbesitz. Dort sei der Eigentümer in der Pflicht.

Es liegen keine weiteren Anfragen und Anträge vor. Frau Uhlemann bedankt sich bei den Stadträten für ihre Beiträge und beendet den öffentlichen Teil der 28. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky.

gez. Kathrin Uhlemann
Oberbürgermeisterin

gez. Barthel
Stadtrat

gez. Kagelmann
Stadtrat

gez. Baumann
Protokollantin

Anlage: Anlage 1 (Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die LINKE/SPD)
 Anlage 2 (Antrag der Fraktion CDU/FDP)